

Christiane Benner
Zweite Vorsitzende der IG Metall



1. Mai: Zeit für mehr Solidarität

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2016 in Braunschweig

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Braunschweigerinnen und Braunschweiger - herzlich Willkommen zum 1. Mai.

Ich freue mich, heute hier bei euch zu sein. Zusammen feiern wir heute unseren Tag der Arbeit. Unter dem Motto „Mehr Zeit für Solidarität“ demonstrieren wir heute für die Rechte aller arbeitenden Menschen!

Nicht nur hier in Braunschweig – sondern überall auf der Welt und über alle Grenzen hinweg – kämpfen wir Gewerkschafter heute für dieselbe Sache!

Für Freiheit, für Frieden, für Gerechtigkeit und für Solidarität!

Der 1. Mai ist unser Tag! Am 1. Mai feiern wir Erfolge und zeigen Flagge für unsere Forderungen!

Wo seid Ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen von IG BAU und IG BCE? Von der GEW und NGG? Von EVG und Polizei? Von ver.di und natürlich von der IG Metall?

Lasst uns hier und heute ein Zeichen für mehr Gerechtigkeit und für mehr Solidarität setzen. Lasst uns hier und heute gemeinsam feiern.

Denn wir haben etwas zu feiern: Ohne den unermüdlichen Einsatz

- unserer Mitglieder,
- unserer Betriebsräte,
- unserer Vertrauensleute,
- unserer Kolleginnen und Kollegen,

ohne Euren Einsatz würde es in diesem Land ganz anders aussehen!

Wir sind die Experten für gesellschaftlichen Zusammenhalt!

Wir sind die Kraft des sozialen Fortschritts!

Wir haben im letzten Jahr viel erreicht!

Wir haben den Mindestlohn, die Frauenquote und die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren durchgesetzt!

Wir können noch viel mehr bewegen!

Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
auf den ersten Blick leben wir in einem guten, in einem starken Land. Die Wirtschaft wächst, die Beschäftigung steigt und die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Doch das ist eben nur ein Teil der Wahrheit. Der andere ist: Es gibt eben eine wachsende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern, die sich trotz stabiler Arbeitslosenzahlen und steigendem Wachstum ausgeschlossen und abgehängt fühlen. Das sind inzwischen Millionen in Deutschland.

Da sind zum Beispiel die vielen Kolleginnen und Kollegen, die als Pflegekräfte unsere Mütter und Väter unter großer körperlicher Anstrengung betreuen und eben nicht angemessen bezahlt werden.

Da sind die Erzieherinnen und Erzieher, die unsere Kinder betreuen und aufs Leben vorbereiten und eben nicht angemessen bezahlt werden.

Da sind die vielen jungen Menschen, die nach einer teilweise sehr guten Ausbildung trotzdem von einem Praktikum zum anderen hoppen müssen, keine berufliche Perspektive haben und nicht auf eigenen Füßen stehen.

Und da sind die Leiharbeiter und Werkvertragsbeschäftigten in den Produktionshallen und den Entwicklungsbüros von weltweit erfolgreichen Unternehmen, die das Gleiche tun wie viele ihrer Kolleginnen und Kollegen, aber dennoch bis zu 40 Prozent weniger verdienen.

Früher galt in unserem Land: Fleiß und Anstrengung lohnen sich und führen zu materieller Sicherheit und sozialen Aufstiegschancen. Wer die Ärmel hochkrempelt, in die Hände spuckt und gute Arbeit leistet, der konnte auch ein gutes Leben führen.

Wohlstand für alle – das war das Kernversprechen der sozialen Marktwirtschaft. Doch statt "Wohlstand für alle" gibt es heute "Wohlstand für immer weniger!"

„Die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland existiert nicht mehr!“ Das sage nicht ich, sondern einer der angesehensten Ökonomen unseres Landes – Marcel Fratzscher vom DIW.

„In kaum einem Industrieland der Welt“, so Fratzscher, „sind die Einkommen und Vermögen ungleicher verteilt als in Deutschland.“

Die Schere zwischen hohen und niedrigen Einkommen klafft immer weiter auseinander. Die unteren 50 Prozent der Löhne sind seit dem Jahr 2000 real nicht mehr gestiegen.

Und auch bei den Vermögen wächst die Ungleichheit. Die reichsten zehn Prozent besitzen inzwischen zwei Drittel des Vermögens. Die ärmeren 50 Prozent verfügen dagegen nur über 1 Prozent des Gesamtvermögens! In keinem anderen Land der Euro-Zone ist die Vermögensungleichheit damit höher als in Deutschland.

Aber warum aufregen? Wir befinden uns doch in guter Gesellschaft! Die zunehmende Ungleichverteilung ist ja kein Phänomen, das nur Deutschland betrifft.

Nein! - Es ist ein globaler Trend! Einer Studie der Hilfsorganisation Oxfam zufolge ist das Vermögen der Superreichen in den vergangenen Jahren um 44 Prozent gestiegen - während der Besitz der armen Weltbevölkerung um 41 Prozent zurückging.

Die 62 reichsten Menschen der Erde besitzen laut Oxfam mittlerweile genauso viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.

Und Dank der „Süddeutschen Zeitung“ wissen wir jetzt auch wie das geht. Durch ihre Recherchen und Enthüllungen haben wir einen tiefen Blick in das Schattenreich des Finanzbetrugs bekommen. Das Kinderbuch von Janosch „*Oh, wie schön ist Panama!*“ hat dadurch eine ganz neue Bedeutung bekommen!

Aber im Ernst: Manches haben wir ja vielleicht geahnt. Das Neue an den „Panama-Papers“ ist aber das Ausmaß der organisierten Kriminalität, die da ans Tageslicht

tritt. Da hat sich eine Parallelgesellschaft gebildet, die sich vor ihrer Pflicht drückt und sich systematisch der Solidargemeinschaft entzieht.

Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Skandal!

Das ist sozialer Sprengstoff!

Die Schattenwirtschaft muss ans Licht!

Wir wollen keine Gesellschaft, in der Einkommen, Vermögen und Beziehungen mehr wert sind als Leistung und Anstrengung!

Wir wollen nicht, dass die Frage der Herkunft das Schicksal der Menschen bestimmt!

Wir müssen die Verteilungs- und Steuergerechtigkeit wieder ganz nach oben auf die politische Tagesordnung in Deutschland und Europa setzen.

Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Gewerkschaften sind die Kraft der sozialen Gerechtigkeit in diesem Land. Mit unserer verlässlichen und lösungsorientierten Tarifpolitik leisten wir einen Beitrag zu mehr Verteilungsgerechtigkeit.

Aktuell läuft die Tarifrunde bei VW und der Metall- und Elektroindustrie.

Wir fordern 5 Prozent.

Das ist angemessen und vernünftig. Die Wirtschaft ist auf einem stabilen Wachstumskurs. Dafür ist vor allem der private Konsum verantwortlich:

- Wir sind es, die Autos, Bügeleisen oder Windeln kaufen.
- Wir sind es, die Handwerker bestellen und tanken.
- Wir sind es, die Handy-Verträge abschließen und zum Italiener um die Ecke gehen.

Wir sind der Motor der Konjunktur! Ohne uns stottert das Wachstum!

Und was machen die Arbeitgeber? Sie philosophieren von einer „Scheinkonjunktur.“

Als wären die Umsätze nur zum Schein gestiegen! Als wären die Dividenden nur zum Schein ausgeschüttet worden!

Da platzt einem doch der Kragen!

Was glauben diese Damen und Herren eigentlich, mit wem sie es zu tun haben?

Statt vernünftig mit Verdi und IG Metall über eine angemessene Erhöhung zu verhandeln, setzen die Arbeitgeber auf Provokation und Verweigerung.

Statt den Beschäftigten einen angemessenen Anteil am stabilen Wachstum zuzugestehen, wollen sie uns mit Krümeln abspeisen.

Statt die Arbeit und die Leistung der Beschäftigten wertzuschätzen, statt anzuerkennen, dass sie die Werte und die Profite erarbeiten, wollen sie uns Magerkost verordnen.

Auf dieses Verhalten kann es nur eine Antwort geben: Massive Warnstreiks!

Wir werden die Arbeitgeber zur Vernunft bringen: Deshalb ist es so wichtig, dass wir hier heute laut und deutlich für unsere Forderung eintreten. Und ich sage Euch: es kann gar nicht laut genug sein!

Wir für Mehr! Wir für Mehr!

Und weil ich hier viele Kolleginnen und Kollegen von VW sehe, will ich klipp und klar sagen: Ich finde es einen Skandal, dass die Manager Boni kassieren wollen und sich die Taschen voll stopfen, während die Beschäftigten in der aktuellen Tarifrunde maßvoll sein sollen.

Kolleginnen und Kollegen, es waren nicht die Beschäftigten in der Fertigung, nicht die Beschäftigten im Vertrieb, nicht die Beschäftigten in der Montage, nicht die Beschäftigten in der Gießerei, nicht die Beschäftigten in der Instandhaltung oder in der Verwaltung, die an den Abgaswerten getrickst und manipuliert haben!

Deshalb dürfen die Beschäftigten dafür auch nicht die Zeche zahlen. Dafür müssen andere geradestehen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir werden die soziale Spaltung in Deutschland nur verringern, wenn wir für mehr Gerechtigkeit auf dem deutschen Arbeitsmarkt kämpfen.

Ihr wisst: es gibt immer weniger normale, gut bezahlte Jobs. Mehr als 20 Prozent aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind im Niedriglohnsektor gefangen. Jeder zweite Beschäftigte bekommt nur einen befristeten Arbeitsvertrag. Und atypische Arbeitsverhältnisse werden zunehmend typisch: Leiharbeit, Werkverträge und unbezahlte Praktika gehören längst zum Alltag in deutschen Betrieben und Büros und etablieren eine Kultur der Unsicherheit.

Die Bundesarbeitsministerin, Andrea Nahles, hat jetzt einen Vorschlag gemacht, um die Vergabe von Werkverträgen und Leiharbeit zu regeln. Endlich!

Ich sage ganz offen: Wir Gewerkschaften wollten mehr.
Aber der Vorschlag ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Doch jetzt blockieren die CSU und Herr Seehofer das Gesetz.

Lieber Herr Seehofer, liebe Union:

Wir werden keine weiteren Änderungen akzeptieren!

Die Bundesregierung muss jetzt liefern!

Wir finden uns nicht damit ab, dass für gleiche Arbeit 30 bis 40 Prozent weniger Lohn gezahlt wird!

Wir wehren uns mit aller Macht gegen Arbeitnehmer 1., 2. oder 3. Klasse.

Gute Arbeit muss für alle gelten. Jetzt und in Zukunft!

Gute Arbeit für alle. Jetzt und in Zukunft - dafür braucht es starke Gewerkschaften, Tarifverträge, Tarifbindung und Solidarität!

Nur mehr Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften stoppen Abwärtsspiralen beim Lohn.

Nur mehr Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften helfen, erkämpfte Rechte zu verteidigen.

Nur mehr Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften setzen Mitbestimmung und gute Arbeitsbedingungen durch!

Nur gemeinsam sind wir stark!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
gute Arbeit, das heißt auch: Gut in Rente!

Doch immer mehr Menschen machen sich große Sorgen, wie sie im Alter noch einigermaßen über die Runden kommen sollen. Und das zu Recht!

Zur Jahrtausendwende lag das Rentenniveau noch bei 53 Prozent. Bis 2030 wird es auf 43 Prozent sinken. Jedem Zweiten, der dann in Rente geht, droht Altersarmut!

Kolleginnen und Kollegen:

Diese Entwicklung muss gestoppt werden! Das Wort Rente darf nicht länger ganze Generationen in Angst und Schrecken versetzen. Der Ausstieg aus dem Arbeitsleben darf nicht den Einstieg in die Armut bedeuten!

Deshalb starten wir jetzt eine große Kampagne für ein höheres Rentenniveau und rücken das Thema im Vorfeld der Bundestagswahl ins Zentrum unserer Aktivitäten.

Die Rente muss für ein Alter in Würde reichen! Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, muss von der Rente leben können!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Gewerkschaften haben die Arbeit in der Vergangenheit gestaltet. Wir gestalten die Arbeit der Gegenwart. Und ich verspreche Euch: Gewerkschaften werden auch die Zukunft der Arbeit gestalten.

Wir sind heute Zeugen, Teilhaber und Gestalter einer digitalen Transformation, die alle Lebensbereiche unserer Gesellschaft berührt und keinen Winkel unserer Arbeitswelt verschont! Es wird ja alles vernetzt, was nicht bei drei auf den Bäumen ist.

Was passiert in der Industrie 4.0 mit den Beschäftigten, wenn Maschinen miteinander sprechen? Was passiert mit Gering- und Mittelqualifizierten? Was sind Menschen in Zukunft? Gestalter oder Getriebene?

Wenn es nach der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeber geht, ist die Sache klar: sie wollen mit der Digitalisierung am liebsten die Dinosaurier der Arbeitswelt wieder zum Leben erwecken:

- Sie wollen Verfügbarkeit rund um die Uhr – indem sie die tägliche Höchstarbeitszeit und das Wochenende abschaffen wollen.
- Sie wollen Mitbestimmung unterlaufen – indem sie explizit mehr Werkverträge und „flexible Beschäftigungsformen“ fordern.
- Sie wollen Betriebsratsrechte aushöhlen. Ich zitiere: „Verzögerungspotenziale müssen abgebaut, bestehende Regelungen auf ihre Zukunftsfähigkeit hin überprüft werden.“
- Sie wollen die Arbeitgeber-Anarchie im Internet einführen – indem sie Crowdfunding als Tätigkeit im rechtsfreien Raum zementieren.

Zur Begründung dieser rückwärtsgewandten Forderungen wedeln die Arbeitgeber gerne mit dem Schild „Wettbewerbsnachteil“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wann lernen es die Jammerer endlich, die einen Fachkräftemangel beklagen? Billig kann jeder, wertvoll aber nicht. Gute Arbeitsbedingungen statt Schmutzwettbewerbe: das sind die wahren Wettbewerbsvorteile, mit denen es noch etwas zu gewinnen gibt!

Wir akzeptieren nicht, dass auf dem Rücken von Beschäftigten Kosten gespart werden sollen und reguläre durch prekäre Beschäftigung ersetzt wird. Wir wollen keine Amazonisierung der Arbeitswelt und keine rechtsfreien Räume wie im Silicon Valley!

Ob in der Fabrik, im Büro oder in der Cloud - wir wollen eine humane und sozial gerechte digitale Arbeitswelt gestalten. Wir wollen, dass aus dem technischen Fortschritt ein gesellschaftlicher Fortschritt wird!

Unsere Orientierung heißt deshalb: digital und sozial! Auch in der neuen Arbeitswelt sind sichere Arbeitsplätze, Tarifverträge, gute Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung von höchster Priorität!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
im Moment beschäftigt uns alle ein Thema besonders: Wie gehen wir mit den vielen Flüchtlingen um, die vor Krieg, Gewalt, Hunger und Not bei uns Zuflucht suchen?

Heftige Debatten werden darüber geführt. Dem müssen wir uns stellen. Wenn es Schwierigkeiten und Probleme gibt, müssen wir darüber sprechen und Lösungen suchen. Unterschiedliche Standpunkte müssen gehört werden. Aber die Basis aller Diskussionen sind unsere demokratische Grundordnung und das Grundrecht auf Asyl!

Was deshalb gar nicht geht, sind die von rechts geschürten Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte.

Was gar nicht geht, ist Gewalt gegen Menschen. Ob gegen Flüchtlinge, Helferinnen und Helfer, Einsatzkräfte oder Journalistinnen und Journalisten.

Was gar nicht geht, ist das Schüren von Hysterie und das gezielte Aufwiegeln.

Um es ganz klar zu sagen: Wir lassen unser Land nicht von einer Minderheit aus der rechten Ecke spalten. Wir werden den Rechtspopulisten und Rassisten zeigen, dass sie nicht das Volk sind! Auf den Straßen, auf den Plätzen, in der Öffentlichkeit! Wir sagen selbstbewusst: „WIR sind die Mehrheit in Deutschland!“ Wir lehnen Hetze und Gewalt gegen Flüchtlinge ab!

Deshalb finde ich es auch klasse, dass Ihr Euch hier in Braunschweig so stark gegen rechts und für die Integration von Flüchtlingen engagiert. Unter dem Motto „bunt statt braun“ sagt Ihr NEIN zu Rassismus, Nationalismus und der Diskriminierung von Flüchtlingen. Mit Euren Aktionen setzt ihr ein Zeichen für ein tolerantes und

friedliches Zusammenleben aller Menschen. Das sind gute und richtige Aktionen!
Das ist gelebte Solidarität! Macht weiter so!

Zusammen mit neun großen, bundesweiten Nichtregierungsorganisationen haben wir ein breites Bündnis geschlossen, die Allianz für Weltoffenheit. Seit Februar haben sich über 190 Verbände als Unterstützer angeschlossen.

Gemeinsam mit unseren Partnern stehen wir für die demokratische Mitte unserer Gesellschaft. All jenen, die spalten und ausgrenzen wollen, halten wir entschlossen entgegen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar!“

Und deshalb sage ich hier laut und deutlich: Die AfD ist keine Alternative für Deutschland. Die AfD steht gegen unsere Grundwerte. Diese Partei versucht, die Menschen gegeneinander auszuspielen. Diese Partei hat ein zutiefst reaktionäres Weltbild. Diese Partei ist nicht nur rechtspopulistisch. Ihre Botschaften sind menschenverachtend, rassistisch und rechtsextrem. Diese Partei ist eine Gefahr für unsere Gesellschaft und unsere Demokratie.

Gemeinsam sagen wir deshalb:

Nein zur AfD! Nein zu rechter Hetze! Nein zu Ausländerfeindlichkeit!

Kolleginnen und Kollegen,

mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität – diese Forderung gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa.

Wegen der verfehlten europäischen Krisenpolitik im Zeichen der schwarzen Null haben sich einzelne Länder beinahe zu Tode gespart. Ihre Sozial- und Rentensysteme und Tarifsysteme sind zusammengebrochen. Armut macht sich breit.

In ganz Europa wächst eine verlorene Generation heran. Die Ausmaße der Jugendarbeitslosigkeit sind nach wie vor erschreckend: Fast jeder vierte Jugendliche in Europa hat keinen Job. In Griechenland, Spanien und Italien ist sogar jeder zweite Jugendliche betroffen!

Diesen Ausverkauf

- der europäischen Idee,
- der Gewerkschaftsrechte und
- der Demokratie zu Gunsten neoliberaler Sparkonzepte können wir nicht weiter zulassen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Immer noch meinen viele, Kürzungen bei Löhnen und Renten seien notwendige Strukturreformen. Aber es ist menschenverachtend, wenn auf dem Rücken der Beschäftigten, Arbeitslosen, der Kranken und Alten gekürzt wird.

Ich appelliere deshalb an Regierungen und EU-Kommission: Packt die neoliberale Abrissbirne ein.

Was wir brauchen sind Investitionen. Investitionen in

- Arbeit,
- in Infrastruktur,
- und in Gesundheit und vor allem in Bildung.

Das ist der Weg, der zu mehr Wachstum führt und den Menschen ein Leben in Würde ermöglicht.

Wir sagen ganz deutlich: Europa braucht einen Politikwechsel! Europa darf keine Politik zu Lasten der Bevölkerung machen! Europa darf nicht nur Nutzgemeinschaft für Banken, sondern muss eine Schutzgemeinschaft für die Menschen sein.

Dieses Zeichen müssen wir setzen! Das ist ein wichtiges Signal der Solidarität! Für ein anderes, für ein soziales Europa!

Kolleginnen und Kollegen,

eine zweite Botschaft an die Kommission und die Regierungen Europas schicken wir gleich hinterher:

Hört endlich auf mit der Geheimdiplomatie bei TTIP!

Hört endlich auf, hinter verschlossenen Türen zu verhandeln!

Hört endlich auf, Politik nach dem Prinzip „friss oder stirb“ zu machen!

Woher sollen wir die Hoffnung nehmen, dass durch TTIP soziale Standards steigen, wenn in den USA Gewerkschaftsrechte mit Füßen getreten werden. Das Chlorhuhn ist größer als all die schönen Versprechungen. Die Gefahr, dass TTIP uns schadet, ist viel größer als die Wahrscheinlichkeit, dass es uns nützen könnte.

Für uns ist deshalb klar: Wir werden keinem Freihandelsabkommen zustimmen, das uns wirtschaftlich nicht voranbringt, das unsere Arbeits- und Sozialstandards gefährdet, das die Mitbestimmung untergräbt, das die Qualität unserer Lebensmittel gefährdet und unsere Umweltstandards senkt! Das sind unsere roten Linien! Wir wollen ein Abkommen, das allen nutzt, das die sozialen Lebensbedingungen der Menschen fördert und nicht belastet!

Deshalb appelliere ich an die Politik: Nehmt die Sorgen und Ängste der Menschen Ernst! Macht endlich Politik für und nicht gegen die Menschen! Macht Politik für ein soziales und demokratisches Europa, in dem die Bürger mehr Mitsprache haben als die Unternehmen und Banken!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir zeigen am 1. Mai: Wir kämpfen für eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft. Für eine Gesellschaft die allen Menschen ein gutes Leben ermöglicht. Für eine Gesellschaft in der wirtschaftliche Wertschöpfung nicht nur wenigen nutzt, sondern in soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt für alle verwandelt wird.

Wir wissen am 1. Mai: Ja, wir können auch stolz sein auf das, was wir erreicht haben.

Wir sehen am 1. Mai: Es gibt noch viel zu tun – und ohne uns bewegt sich nichts nach vorne! Und deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen: Heute ist unser Tag! Lasst uns jetzt gemeinsam feiern. Euch und Euren Familien Glück, Gesundheit und alles Gute! Vielen Dank und Glück auf!